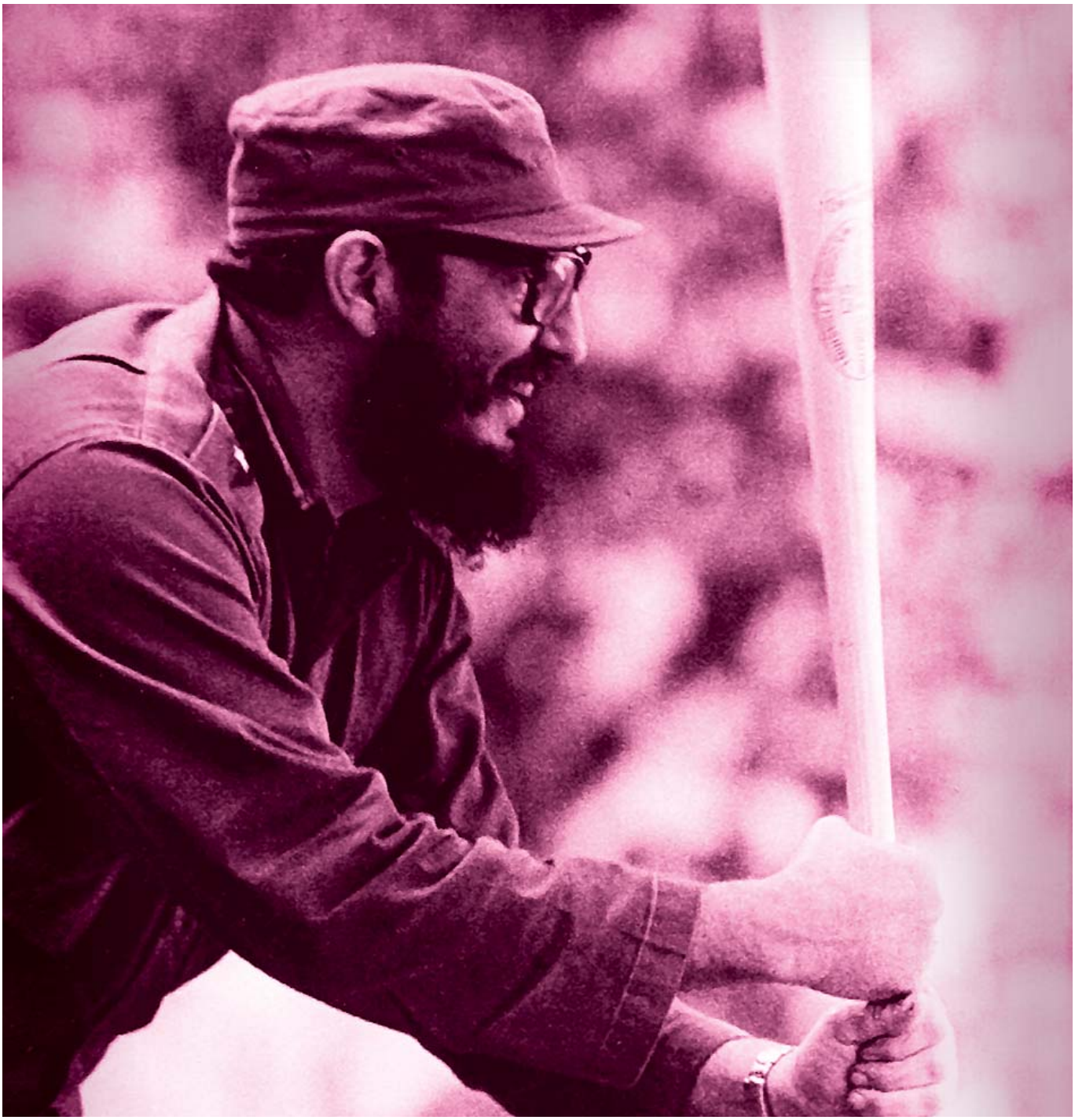
ANTIBERLINER

Kampfblatt für Linke Politik // Nr. 8 // September 2006 // www.antiberliner.de

2 Getarnt. Sie sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Ein kleiner Überblick über Spitzel

4 Angekreuzt. In Berlin hängen die Wahlplakate an den Laternen. Gedanken zum Kreuzchenmachen

7 Zurückgeholt. Im Bezirk Lichtenberg läuft eine Antifakampagne, die Nazis den Raum streitig macht



Nazikäfer stirbt aus
Laut *National Geographic Deutschland* ist ein Käfer von der Ausrottung bedroht, der Anophthalmus hitleri. Der »Hitlerkäfer« wurde 1933 in den Höhlen des damaligen Jugoslawiens entdeckt, so das Magazin in der Septemberausgabe. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, wann in Berlin mal wieder 100 Neonazis, unter dem Motto »Rettet den Hitlerkäfer« auf die Straße gehen.

Klon oder Original?
Ob Hitler ähnlich wie Saddam Hussein den ein oder andern Doppelgänger hatte oder am Ende gar selbst geklont war, sei dahingestellt. Im Internet lassen sich viele Kopien finden. Wer eine Katze sein Eigen nennt, dem sei die Seite www.catsthatlooklikehitler.com ans Herz gelegt.

Impressum:
- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de
- Unterstützer: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider

Spitzel gibt es – und nicht nur woanders...

»Der Verfassungsschutz sammelt seit Jahren Informationen über den Politologen Peter Grottian und das von ihm mitgegründete Berliner Sozialforum. Das Bündnis linker Gruppen ist seit 2003 von V-Leuten der Nachrichtendienste infiltriert worden. Mindestens zwei Quellen vom Berliner Verfassungsschutz und vom Bundesamt für Verfassungsschutz berichten seitdem regelmäßig über die Aktivitäten des Forums.«

Mit dieser Spiegel-Online-Meldung begann am 10. Juni 2006 die bisher letzte von unzähligen Spitzelaffären, die sich nun weiter durch Presse und Kneipentischgespräche zieht.

Hinter der aktuellen Aufregung wird oft vergessen: Spitzel sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Sie sind zusammen mit der Polizei im 18./19. Jahrhundert eingeführt worden, und ihr Einsatz zielte schon immer auf Kriminalisierung politischer Praxis.

Absolute Zahlen gibt es nicht, aber für die letzten drei Jahrzehnte der BRD sind es eher Hunderte als Dutzende Spitzel, die auf die Linke angesetzt wurden. Nicht alle waren gut platziert, nicht alle waren effektiv, aber auch längst nicht alle sind bekannt geworden.

Systematische Anwerbungsversuche laufen bei jungen StudentInnen und bei alten GenossInnen, bei Männern und Frauen, bei Antifas und UmweltschützerInnen. Spekuliert wird auf die Angst vor schlechten Berufsaussichten, Geldgier oder schlichte Blödheit. Eingeschleust als »verdeckte Ermittler« (also beamtete Spitzel) werden umgeschulte VerwaltungsbeamtInnen, MEK-, LKA- und BKA-BeamtInnen. Auftraggeber sind die Verfassungsschutzämter, die politische Polizei und auch der BND.

»Eeene meeene muh, und raus bist du...«

Fälschen und Lügen

Bei der Legendenbildung verdeckter Ermittler oder Spitzel wirken mit: Einwohnermeldeämter, Kfz-Zulassungsstellen, Schuldirektoren, Anwälte, deutsche Botschaften im Ausland, Passämter, Arbeitgeber, Finanzämter, Internetprovider, Telefongesellschaften und sogar im sozialen Bereich tätige Einrichtungen. Von Gerichten und Staatsanwaltschaften ganz zu schweigen. Hilfestellung leisten Psychologen und Techniker verschiedenster Firmen und Behörden. Für Spitzel werden erhebliche Summen ausgegeben – eher eintausend als ein paar hundert Euro pro Monat und Spitzel. In dokumentierten Einzelfällen waren es fünfhunderttausend Euro im Lauf einer Karriere.

Das Verhältnis zwischen Spitzel und Bespitzelten kann so banal wie schrecklich sein. Banal kann sein, was ein Spitzel berichtet, von Essgewohnheiten bis zu unwesentlichen Gesprächsinhalten und Verhaltensweisen. Aber das Opfer einer Bespitzelung, die bis in die intimsten Bereiche reichte, hat allen Grund entsetzt, wütend und verzweifelt zu sein. Schließlich drohen nach dem Bewusstwerden des ganz persönlichen Verratenseins die Entwertung wesentlicher Teile des privaten Lebens und die Zerstörung jedes Grundvertrauens in andere Menschen. Hinter Spitzelfällen stehen sehr oft persönliche Tragödien, speziell dann, wenn FreundInnen oder MitbewohnerInnen von Spitzeln instrumentalisiert werden.

Auch Spitzel unterliegen keiner problemlosen Existenz: Jedes Auffliegen eines anderen Spitzels kann Existenzangst aktivieren. Spitzel stehen permanent unter Druck: Es muss immer irgendwas passieren, denn sonst ist der Spitzel sein Geld nicht wert und wird womöglich fallen gelassen. Ergebnisse zu produzieren erhöht aber die bedrückende Verwicklung des Spitzels in seine sozialen Kontakte.

Was tun?

Bei der Aufdeckung eines Spitzels ist der Staat schon der Blamierte – aber selbst das nimmt wenig von der Wirkung eines zuvor erfolgreich tätigen Spitzels und den persönlichen, sozialen und politischen Nachwirkungen.

Das Abhören von Telefonaten ist nur ein Mittel von vielen, um Menschen zu überwachen

Jede Enttarnung hat etwas von einer Gratwanderung: Der Apparat will seine womöglich illegalen und eh anrüchigen Informationsgewinnungsmethoden nicht noch weiter bekannt machen; der Spitzel will es nicht, weil er selbst in vielleicht strafbare Handlungen verstrickt war und evtl. Loyalitätsprobleme mit den von ihm Bespitzelten hat; die Bespitzelten wollen es nicht, da sie ohnehin ihrer Intimsphäre beraubt wurden und dass nicht noch fortsetzen wollen. Sowieso nicht, wenn sie außergesetzliche Pläne und Absichten hegten oder gar verwirklichten. Im Endeffekt sieht es dann so aus: Staat und Spitzel wissen etwas Kompromittierendes oder Strafbares, nutzten es aber nicht für einen Prozess, weil in diesem zu viel über den Spitzel und seine Dienstherren öffentlich werden könnte – und die Bespitzelten halten mit ihrem Wissen über manche Aktivitäten des Spitzels zurück, um nicht zu Angeklagten zu werden.

Es gibt keine schematischen Spitzelenttarnungsrezepte, helfen tun allerdings selbstständiges Denken, Analysieren und Aufmerksamkeit jenseits der Paranoia. Wer z. B. das »Spitzel-Buch« gelesen hat, wird hinzugelernt haben, wann, wie und wo Spitzel aufgetreten sind. Welche Methoden sie anwenden, mit welchen Legenden sie arbeiten und wie sie – manchmal – enttarnt werden konnten. Die LeserInnen werden auch eine Ahnung davon bekommen haben, in welchen Verhältnissen Spitzel wachsen und gedeihen können und welche soziale und politische Umwelt ihnen eher hinderlich ist.

◆ Dieser Text ist der Einleitung des Buches »SPITZEL – Eine kleine Sozialgeschichte«, (Verlag Assoziation A, 2004, 256 S. Fotos, 18 Euro), entnommen. In dem Buch finden sich zahlreiche dokumentierte Spitzelfälle und Analysen der Hintergründe.

Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Hunderte!«

Das Klima ist tropisch. Die Landschaft ist relativ eben, nur im Südosten wird es bergiger. Vorgelagerte Mangrovenküsten und Riffe werden durch Nationalparks geschützt.

Die Bevölkerung wächst stetig, was weniger auf hohe Geburtenraten, als viel mehr auf die außerordentlich hohe Lebenserwartung, sowie sehr niedrige Kindersterblichkeit zurück zu führen ist. Elf Millionen Menschen leben hier mit einem der besten Gesundheits- und Bildungssysteme.

Auf dem Festland 90 Meilen nördlich der Insel hat sich klimatisch nicht viel verändert, auch die medizinische Versorgung ist nicht allzu schlecht, hier allerdings gekoppelt an finanzielle Liquidität.

Gesundheitsversorgung wird überall gebraucht, besonders bei gesellschaftlichen Großereignissen. Beispielsweise einer Demonstration, über die im Idealfall in den Medien berichtet wird. Die Intensität der Berichterstattung hängt von der Zahl der Demonstrationsteilnehmer ab. Sollte man meinen.

Ein paar Hundert finden sich in Deutschland wohl jedes Wochenende irgendwo zusammen. Bei mehreren Tausend wird man schon hellhörig. Mehrere Hunderttausend sind vielleicht für italienische Verhältnisse noch Standart, hierzulande bleiben sie schon im Gedächtnis. Gegen den Irakkrieg. Vielleicht noch gegen Sozialabbau. Aber selbst dann wird kaum weltweit darüber berichtet.

Da stellt sich doch die Frage, was ein paar Hundert auf den Straßen Floridas tanzende Menschen so interessant macht, dass die Welt von ihnen erfahren muss.

»Hunderte!« tönte es Anfang August, feierten die körperlichen Leiden des kubanischen Revolutionsführers, Fidel Castro. Nicht allzu viele, denn »Tausende!« zählte dieser in seiner Rede zum diesjährigen Revolutionstag allein an über hundertjährigen Einwohnern Kubas.

Terrorkinder

Laut »Daily Mail« wurden in dem britischen Ort Halesowen drei 12-jährige Kinder von der örtlichen Polizei festgenommen und mit allen zur Verfügung stehenden Maßnahmen behandelt. Diese beinhalteten das Entfernen der Schuhe, das Anfertigen von Photos, sowie die Entnahme von DNS-Proben. Die vorgesehene Anklage wegen Sachbeschädigung wurde letztendlich durch einen polizeilichen Verweis ersetzt.

Erwischt wurden die Knilche, wie sie auf der Suche nach Material für ihr Baumhaus Äste aus einem öffentlichen Baum brachen.

Terrorrentner

Bei der Einreise in die USA wird inzwischen jeder unter den Generalverdacht des Terrorismus gestellt.

Inhaftiert und mit den Worten: »Du redest nur, wenn du gefragt wirst!« zum Schweigen gebracht, wurde kürzlich ein 71jähriger.

Nach einem zweistündigen Zellenaufenthalt entschieden FBI, CIA und NSA dann wohl kollektiv, dass selbst die Sangeskünste eines Udo Jürgens keine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellten. Dessen Kommentar war lediglich: »Ich werde nie wieder einen Fuß auf amerikanischen Boden setzen.«

SCHWERPUNKT

Kurzer Herbst der Utopie – Sinn von Parlamentarismuskritik

In Berlin hängen die Wahlplakate für die Landtagswahlen aus. Grund genug sich ein paar Gedanken zu machen, was es mit dem Kreuzchenmachen auf sich hat

Fast ein Jahr nach den Bundestagswahlen vom 18. September 2005 denkt kaum noch jemand an die zum Teil euphorischen Überlegungen vieler Linker angesichts der damals aus PDS und WASG entstandenen Linkspartei. Die Kritiker von damals, verschrien als notorische Nörgler, fühlen sich im Nachhinein zu Recht bestätigt. Die übersteigerten und unerfüllten Erwartungen an das Projekt Linkspartei können rückblickend vielleicht aus der Frustration über die eigene Wirkungslosigkeit nach dem Scheitern der Sozialproteste im Spätsommer 2004, dem damit einhergehenden größten Abbau sozialer Rechte in der Geschichte der BRD und dem Wunsch nach gesellschaftlicher Relevanz erklärt werden. Denn nicht vergessen werden darf, dass die Linkspartei erstmals für eine Diskursverschiebung sorgte, welche die neoliberalen Paradigmen fortan nicht mehr als gottgegebene Sachzwänge verkaufen ließ.

So überwog das Prinzip Hoffnung die von linken Kritikern weiter geforderte scharfe Analyse von im System angelegten Restriktionen, die dafür verantwortlich sind, dass sich im Rahmen staatlicher Institutionen nicht viel bewegen lässt, auch nicht durch beharrliche Parteiarbeit.

Kein neutrales Gebilde

Die Funktion des bürgerlichen Staates und seiner legislativen, judikativen und exekutiven Institutionen ist die Strukturierung und Organisierung der herrschenden Ordnung. Die Basis des bürgerlichen Staates stellt das ökonomische System – der Kapitalismus dar. Daher ist es das zentrale Interesse des Staates die Rahmenbedingungen für die kapitalistische Produktion zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Seine wichtigste Funktion hierbei ist, die im Kapitalismus bestehenden Verhältnisse, d.h. die Macht- und Klassenverhältnisse zu sichern, indem er alle Menschen unabhängig von gesellschaftlichen Unterschieden, gleichermaßen bestimmten Regeln unterwirft und das Privateigentum schützt.

Durch die Einbindung bzw. Anbindung verschiedener anderer gesellschaftlicher Kräfte an seine Institutionen stellt der moderne Staat eine Verdichtung von Kräfteverhältnissen her. Unter gesellschaftliche Kräfte subsumieren sich Institutionen wie Kirchen, Gewerkschaften, Universitäten, Schulen und als dynamischster Teil die Medien sowie alle weiteren Einrichtungen, die direkt oder indirekt auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen. Durch die staatlichen und gesellschaftspolitischen Institutionen werden Einstellungen, Handlungsweisen und Mentalitäten der Menschen einer jeden Gesellschaft weitgehend bestimmt, so dass ein gesamtgesellschaftlicher Konsens entsteht. Schließlich führt die Identifikation jedes einzelnen Menschen mit diesem Konsens dazu, dass ein allgemeiner kollektiver Druck ausgeübt wird. Der moderne bürgerliche Staat herrscht somit weit weniger in Form von offener Gewalt und Repression, sondern in der Schaffung und Aufrechterhaltung eines hegemonialen Konsenses. Anders gesagt, moderne Herrschaft agiert im Grossen und Ganzen im Einverständnis mit den Beherrschten. Der hegemoniale Konsens hebt die existierende Polarisierung der Gesellschaft in Besitzende und Nichtbesitzende zwar nicht auf, verschleiert sie aber und bewirkt, dass die Bevölkerung selbst in Krisenzeiten nicht auf grundlegende Veränderung drängt. Dies stabilisiert die bestehende Ordnung gegen potentielle Umbrüche besser, als es durch Repression möglich wäre.

Wowereit-Plakat über Berliner Mülltonne

Unzulänglichkeiten

Parlamente nehmen eine wichtige Funktion zum Erhalt des beschriebenen Konsenses ein. Zentral dabei ist, dass diese die Illusion der Beteiligung an staatlicher Macht vermitteln und somit die Fiktion der durch Volksvertretung verwirklichten Volksfreiheit darstellen. Die Existenz einer Parteienpluralität vermittelt den Individuen den Eindruck, dass aufgrund des »breiten« Spektrums eine dieser Parteien auch ihre Interessen vertritt. Dabei hat das Parlament die Funktion Konflikte inner-

halb der Gesellschaft »irrelevant« zu machen und gesellschaftliche Konflikte staatlich zu kontrollieren und zu befrieden.

Idealtypisch wird das Parlament als der Ort gedacht, an dem die demokratische Willensbildung im Widerstreit der Meinungen ihren Abschluss findet. Dieses Bild kann aufgrund des offenkundigen Mangels an Beteiligung nicht ernsthaft aufrechterhalten werden. Politische Entscheidungen fallen weitgehend außerhalb dieser Volksvertretung – im Kabinett, den Ministerien, speziellen Ausschüssen oder anderen staatlichen Organen. Und Grundsatzfragen dieser Gesellschaft, wie eine gerechte Verteilung des Reichtums, bleiben außerhalb des von den Parlamenten wahrgenommenen Entscheidungsspielraumes. Das Parlament trägt somit seinen Teil zu einem sehr komplexen Machtverhältnis bei.

Außer Spesen nichts gewesen

Unbestritten hat sich die Bedeutung der staatlichen Institutionen vor dem Hintergrund der Globalisierungsprozesse verändert. Heute werden mehr denn je zuvor »Sachzwänge« für einen verengten Handlungsspielraum der parlamentarischen nationalen Politik verantwortlich gemacht. Dabei ist die Einschränkung des souveränen Nationalstaates in eigentümlicher Weise asymmetrisch. So werden mit dem Verweis auf »Sachzwänge« werden zwar die legitimierten Organe von Repräsentanz und Kontrolle – besonders die Parlamente – von Entscheidungen ausgeschlossen, dies bedeutet aber nicht, dass die Exekutivbürokratien der Mächtigen, vor allem der G8-Staaten, ebenfalls entmachtet wären. Das Gegenteil ist der Fall, denn sie gehören zu jenem »charming circle« der »global governance«, der für diese politische Gestaltung notwendig ist.

Parlamentarische Träume

Parteien werden leicht – auch wenn sie einst als radikale Kritiker des Systems angetreten sind – zu Stabilisatoren desselben. Dabei sind die Tendenzen der Bürokratisierung, der Anpassung an die Verhältnisse, der Verlust von Visionen und Utopien von früheren Außenseiterparteien wie den Grünen, angetreten als »Antipartei« oder der PDS als »konsequente Opposition«, in den letzten Jahren immer deutlicher geworden. Diese Parteien, die sich selbst als Opposition zum Bestehenden gesehen haben, zu kritisieren, sie hätten ihr Programm verraten, treffen nicht den Kern des Problems. Denn als Erklärung kann hierbei nur die Inkonsequenz der als moralisch korrumpiert erscheinenden parlamentarischen Individuen bemüht werden. Bei einer solchen Kritik bleibt jedoch die Unzulänglichkeit des Prinzips des Parlamentarismus außen vor.

Weiter noch übernehmen diese »fundamentaloppositionellen« Parteien eine (re-)integrierende Funktion, denn sie eröffnen die Möglichkeit der (Wieder-) Einfindung von Kritikern der bestehenden Verhältnisse in den vorherrschenden Konsens. Die Menschen erwarten von den Staatsparteien die Lösung gesellschaftlicher Probleme und die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Sind die Staatsparteien nicht bereit entsprechende Lösungen anzubieten, sinkt die Akzeptanz für die Parteien und die potentiellen Wähler fühlen sich nicht mehr vertreten. Eine neue Oppositionspartei kann diese kritische Masse wieder in den Konsens einbinden, in dem sie neue Lösungen formuliert und damit die Funktion erfüllt, dass sich die Menschen wieder vertreten fühlen. Dadurch können gesellschaftliche Konflikte, die ansonsten auf die Strasse getragen worden wären und somit eine potentielle Gefahr für die bestehenden Verhältnisse hätten darstellen können, befriedet werden.

Ohne Illusion

Innerhalb von Parlamenten können Veränderungen nur in dem ihnen vorgegebenen Rahmen beschlossen werden. Das bedeutet, hier können nur kleinere Veränderungen erreicht werden, was nicht heißt, dass es vollkommen unwichtig wäre, wer in den Parlamenten sitzt. Denn wenn es um konkrete Fragen wie die Höhe von Sozialleistungen, Abschiebung von Flüchtlingen oder um die konkrete Unterstützung von Antifas in Ostdeutschland geht, werden dort oftmals Entscheidungen getroffen, die für den einzelnen Menschen von existenzieller oder zumindest sehr großer Bedeutung sind.

Grundlegendere gesellschaftliche Veränderungen finden jedoch immer außerhalb der Parlamente statt, das gilt nicht nur bei der Durchsetzung von Kapitalinteressen. Auch soziale Errungenschaften, die derzeit wieder abgeschafft bzw. eingeschränkt werden, wie Bafög oder das Kranken- und Sozialversicherungssystem, das relativ hohe Lohnniveau und der Kündigungsschutz, sind nicht innerhalb von Parlamenten erkämpft worden, sondern aufgrund gesellschaftspolitischen Drucks in den Fabriken, Universitäten und auf der Strasse zustande gekommen.

Die Schlussfolgerung sollte daher sein, ohne Illusion zur Wahl zu gehen. Wahlen ändern nichts Grundlegendes und wählen allein nützt nichts.

Kolumbien verurteilt

Zum 7. Mal wurde dem kolumbianischen Staat vom Interamerikanischen Gericht für Menschenrechte (CIDH) wegen Massaker rechter Paramilitärs die Mitschuld nachgewiesen. Das Urteil verpflichtet Kolumbien zu einer Entschädigungszahlung von rund 1,2 Millionen Euro an die Familienangehörigen der Opfer. Zudem hat sich der Staat auf höchster Ebene für die Tat zu entschuldigen und die Täter zu bestrafen. Die können sich jedoch vor der Justiz in Sicherheit wägen, nachdem die Regierung ihnen nach der Demobilisierung tausender Kämpfer nur äußerst milde Haftstrafen in Aussicht stellt.

Wahlbetrug in Mexiko

»Stimme für Stimme, Wahllokal für Wahllokal« unter diesem Motto gehen seit Anfang August Millionen von Mexikanern auf die Strasse, um eine Annullierung des Wahlergebnisses zu erreichen. Angesichts der vielen Anomalien bei der Auszählung ist der Vorsprung von 0,58 Prozentpunkten (244.000 Stimmen) zu dünn, um behaupten zu können, der konservative Calderón habe die Wahl regulär gewonnen. Schon die Manipulation an jeweils 2 Stimmen in jedem der 130.000 Wahlbüros hätte gereicht, um das Ergebnis zu fälschen.

Operation Kongo

Kinshasa-Kongo – das rohstoffreichste Land Afrikas – war seit der kolonialen Expansion der europäischen Imperien im 19. Jahrhundert immer wieder Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen um die vorhandenen Bodenschätze wie Gold, Diamanten, Kupfer, Kobalt, Germanium und Coltan, aber auch Tropenholz, Wasser und Öl

Bundeswehr macht sich breit im Kongo

Doch trotz der reichen Bodenschätze ist die Bevölkerung des Kongo bitterarm: Zirka 80 Prozent der Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze von ein Dollar pro Tag und 72 Prozent sind unterernährt. Diese Armut der Menschen steht im krassen Gegensatz zum Reichtum der politischen und wirtschaftlichen Oligarchien des Landes. Diese treiben, stellvertretend für westliche Firmen, die von der UN im Jahre 2001 berichtete »systematische Ausplünderung des Kongos« voran.

Ressourcenkrieg

Doch noch andere Akteure beteiligten sich am Kampf um die wertvollen Ressourcen des Landes. So kam es neben den Einflussnahmeversuchen seitens Ruanda und Uganda, zwei der östlichen Nachbarstaaten, auch zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen regionalen Machthabern. Diese führten 1997 zum »ersten afrikanischen Weltkrieg«, der bis 2003 andauerte – und in den östlichen Provinzen noch andauert. Der Krieg kostete fünf Millionen Menschen das Leben und auch heute noch sterben nach Angaben von amnesty international monatlich 31.000 Menschen an den Folgen, wie Hunger, Vertreibung, Krankheit und Armut.

Dabei steckt hinter den oft ethnisch geführten Konflikten das Ziel, die Abbaugebiete der Rohstoffe und den Handel damit zu kontrollieren. Dabei können sich die Konfliktparteien der Unterstützung der westlichen Staaten gewiss sein, deren Wirtschaften auf Ressourcen wie Kupfer, Kobalt oder Coltan, welches z.B. bei der Handyproduktion als auch in der Militärtechnik Verwendung findet, angewiesen sind.

Der Abbau der Bodenschätze erfolgt zumeist unter miserablen Bedingungen für Arbeiter und Umwelt. So werden giftige Chemikalien in den Minen verwendet, die die Gesundheit der Menschen gefährden und die Natur zerstören. Löhne werden nicht oder unregelmäßig bezahlt und oft werden die Arbeiter gewaltsam zur Arbeit gezwungen.

Dass sich an dieser Lage auch durch Wahlen nichts ändern würde ist ein offenes Geheimnis, da diese nur den formalen Rahmen bieten und den Machthabern ermöglichen, sich parlamentarisch-demokratisch zu legitimieren.

Europäische Interessen

Die Regierung der BRD beschloss dennoch am 17. Mai 2006 780 Bundeswehrsoldaten an der insgesamt 2100 Mann starken europäischen Kampftruppe »EUFOR R. D. Congo« zu beteiligen. Diese sollten die Wahlen am 30. Juli 2006 im Kongo überwachen und die Sicherheit während und nach den Präsidial- und Parlamentswahlen gewährleisten. Dass die Interessen der EU und der BRD andere sind als die der Menschen im Kongo, zeigt die Aussage von Verteidigungsminister Jung, als er sagte, dass es im Kongo »um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes geht«, und konkretisiert: Da »die Stabilität in der rohstoffreichen Region auch der deutschen Wirtschaft nützt«. Und so postiert sich die EU, allen voran die BRD und Frankreich, im Kongo, um gegenüber den USA und dem aufstrebenden China ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen – wenn nötig mit Gewalt.

Die Weichen sind somit gestellt: Für einen Probelauf der geplanten EU Eingreiftruppe, die ein Instrument der europäischen Hegemonie im Kampf um die knappen Ressourcen der Welt »wie die kongolesischen Rohstoffe« darstellt.

Die EU ist damit auf dem Wege nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine militärische Weltmacht zu werden. Moralische Ziele, die in entwicklungspolitisches Gewand gekleidet sind dienen dazu, dies der europäischen Bevölkerung schmackhaft zu machen und eine schnelle Gewöhnung zu erzielen. So zeigt sich der Bundeswehreinsatz im Kongo ganz im Sinne einer imperialen »Stabilitätspolitik« und setzt dabei Stabilität mit der Möglichkeit der wirtschaftlichen Ausbeutung gleich.

Antifa holt Kiez zurück

Antifagruppen initiieren Kampagne »Hol Dir den Kiez zurück« im Berliner Stadtteil Lichtenberg. Schwerpunkt sollen Nazikneipen und -strukturen sein. Großes Konzert als Höhepunkt

Auftaktdemonstration der Kampagne »Hol Dir den Kiez zurück!« am 22. Juli 2006

Der Berliner Bezirk Lichtenberg gilt als eine der rechtsextremen Hochburgen in der Hauptstadt. Nicht erst seit dem medienwirksamen Übergriff auf den migrationspolitischen Sprecher der Linkspartei Giyasettin Sayan ist bekannt, dass gerade das Gebiet um die Weitlingstraße getrost als das bezeichnet werden kann, was als »No-Go-Area« vor Wochen durch sämtliche Medien spukte. Hier haben sich die Neonazis etabliert, viele sind dorthin gezogen, haben Wohngemeinschaften gegründet und sich eine gemeinsame Infrastruktur aufgebaut. Für Menschen mit anderer Hautfarbe, oder offensichtlich Andersdenkende besteht jederzeit die Gefahr Opfer eines gewalttätigen Überfalls zu werden.

Wegkucken is' nicht

Die Kampagne »Hol dir den Kiez zurück! Lichtenberg gegen Rechts!« will diese Missstände öffentlich thematisieren und die Notwendigkeit, aber auch die Möglichkeit von Gegenwehr verdeutlichen. Die Initiatoren fordern die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der rechten Ideologie und ihren Protagonisten, die durch staatlich-repressive Maßnahmen, wie dem Verbot der in Lichtenberg ansässigen »Kameradschaft Tor«, nicht ersetzt werden kann. Um diese Verhältnisse, bei denen Neonazis immer wieder gesellschaftsfähig werden, auch nachhaltig umzukrempeln, liegt ihnen daran neue Freiräume für nichtrechte Jugendliche zu schaffen und eine linke Gegenkultur zu stärken. In diesem Sinne organisieren sie nicht nur einen Skatejam und diverse Veranstaltungen, sondern auch ein kostenloses Open-Air-Festival unter dem Motto »Beats against Fascism« direkt im Weitling-Kiez, das als Highlight der Kampagne am Samstag, dem 16. September stattfinden soll.

Know your enemy

Eine Schlüsselrolle für die rechte Infrastruktur, und damit Angriffsziel für die Kampagne, spielen die Kneipen, in denen sich die Rechten treffen können und Resonanz für ihre Agitation finden. Von dort planen sie ihre Aktionen, und nicht selten haben sich die rechtsextremen Schläger vor ihren Überfällen hier verabredet. Beispiele sind die Kneipen »Kiste« in der Weitlingstraße, dessen Besitzer sich offen zu seinem rechten Gedankengut bekennt und bald selbst eine Haftstrafe wegen eines rassistischen Angriffs absitzen muss, sowie das »Piccolo« in der Skandinavischen Straße. Auch das Clubhaus der »Kameradschaft Spreewacht«, einer im rechten Musiknetzwerk aktiven Neonazigruppe, steht im Visier der Antifaschisten.

Los geht's

Am 22. Juli fiel bereits der Startschuss für die Kampagne. Zur Auftaktdemonstration kamen trotz Wochenende und sengender Hitze mehrere hundert Menschen, anstatt den Tag am See zu verbringen. Die Rechten zogen sich in ihre Löcher zurück und traten nicht nennenswert in Erscheinung. Entgegen ihrer großspurigen Kampfansage, denn in der Nacht vor der Demonstration wurden die Scheiben eines alternativen Jugendclubs eingeworfen. So konnte der Bezirk am Samstagnachmittag wenigstens für einige Stunden wieder zur Go-Area für Migranten und Nichtrechte werden. Doch die Initiatoren um die Antifaschistische Linke Berlin, die Antifa Hohenschönhausen und die Jugendantifa Berlin zeigen auch Kontinuität und regelmäßige Präsenz im Kiez. Wöchentlich gibt es Infostände und Verteilaktionen, um mit den Anwohnern im Gespräch zu bleiben und gerade mit Blick auf die Abgeordnetenhauswahlen im September keinen Zentimeter Platz für rechte Propaganda zu lassen.

◆ Mehr Informationen über Inhalte und Aktionen der Kampagne bekommt ihr unter: lichtenberg-gegen-rechts.tk

■ Beats against Fascism

Das Festival zur Kampagne »Hol Dir den Kiez zurück«. 16. September, ab 14 Uhr auf dem Münsterlandplatz/Weitlingstraße nähe S-Bhf Nöldnerplatz. Mit ZSK, Pyranja, Irie Révoltés u. a.

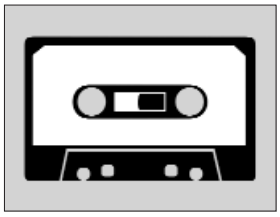
■ Swastika I

Paragraph 86 des Strafgesetzbuches verbietet die Herstellung und Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen. Im Falle des Internetversandes »Nix gut« aus Baden Württemberg führte das letztes Jahr erstmals zu einer absurden Anklage wegen eines durchgestrichenen Hakenkreuzes. Glasklare antifaschistische Stellungnahme wurde somit als neonazistische Propaganda diskreditiert.

■ Swastika II

Auch die Hamburger Polizei ermittelt derzeit wegen des Tragens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Nun hat es mit Fatih Akin einen prominenten getroffen: Der Regisseur von »Gegen die Wand«, trug bei Drehabeiten ein T-Shirt das manchem noch vom Leibe Diego Maradonnas bekannt sein dürfte: Die Aufschrift lautete »Stop Bush«, wobei das »s« durch ein Hakenkreuz ersetzt war.



Holmes & Marx

Eines Abend klopft es an der Tür von Sherlock Holmes. Karl Marx beauftragt den berühmten Detektiv um das gestohlene Manuskript des »Kapitals« wiederzubeschaffen. Insgeheim verdächtigt dieser den Russen Bakunin. Es beginnt eine spannende Jagd nach den Hintermännern des Verbrechens und Holmes gerät immer tiefer in den Sumpf von Macht, Interessen, Intrigen, Konkurrenz und Konterrevolution.

Das Hörspiel »Sherlock Holmes und der Fall Marx« von David Zane Mairowitz gehört auf jede Festplatte.

Mondnacht

Zwei Kosmonauten umkreisen in einer Kapsel den Mond, auf dessen Rückseite kein Funkkontakt zur Bodenstation besteht. Einzig ein Tonbandgerät zeichnet die tragischen Ereignisse auf, die sich abspielen, als sich abzeichnet, dass der Sauerstoff nach einem Defekt nur für Einen zum Überleben reicht.
Neben vielen anderen Werken des Autors Stanislaw Lem ist auch die »Mondnacht« als Hörspiel in deutscher Sprache erschienen.

»Eine Bande von Backpfeifengesichtern«

Die PARTEI ist eine der vielen kleinen und sehr kleinen Parteien in Deutschland und dennoch anders. Der Antiberliner sprach mit dem Parteisekretär Riza A. Cörtlen ...

Kannst Du die PARTEI (»Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative«) kurz etwas näher vorstellen?

Die PARTEI wurde 2004 gegründet, als klar wurde, dass die exorbitanten Gewinne des Satiremagazins *Titanic* ins Uferlose stiegen. Es drohten hohe Steuerzahlungen. Da jedes Unternehmen im kapitalistischen System Steuern vermeidet, die ja nur den Mitbewerbern oder dem Gemeinwohl, besonders aber den herkömmlichen Altparteien zufließen, welche sich damit nur selbst bereichern, musste auch die *Titanic* ökonomisch handeln. Die Redaktion, damals noch unter der Leitung von Martin Sonneborn – einem abgehalfterten Yuppie aus dem Sauerland – heuerte also korrupte Politprofis der Berliner KPD/RZ an, die ein Geldvernichtungsprogramm in Form einer politischen Partei aufzogen. Man muss erwähnen, dass sich der größte Teil des ehemaligen KPD/RZ-Vorstandes schon ins Privatleben zurückgezogen hatte und nur mit schönen Versprechungen und neuen Autos für die politische Drecksarbeit zu gewinnen war...

Riza A. Cörtlen, Parteisekretär z.b.V. der PARTEI, Direktkandidat für den Wahlkreis 3, Kreuzberg/Friedrichsh.

Wofür steht die PARTEI und was sind Ihre Ziele?

Die PARTEI verfolgt mehrere Ziele: Zum einen muss Deutschland 2010 in Südafrika mit zwei Mannschaften zur Fußball WM antreten. Das ist ganz wichtig, um die Chancen auf den Pokal zu erhöhen. Nach dem bekannten Motto »Ein Volk, ein Raum, ein Raumteiler« wird ein Teil der BRD ausgegliedert und baulich vom Rest getrennt. Neben Arbeitsplätzen entsteht eine Sonderwirtschaftszone, die beispielsweise an Israel verpachtet werden kann. Wir erinnern daran, dass Deutschland die Verantwortung für die Entstehung Israels trägt und somit seit Jahren den Weltfrieden im Nahen Osten bedroht. Das muss aufhören. Ein weiteres wichtiges Ziel der PARTEI ist die Wiederherstellung des Ansehens und der Würde politischer Mandatsträger. Es geht nicht an, dass eine Bande von von Trunksucht und Geschlechtskrankheiten gezeichneter Backpfeifengesichter das Bild des Politikers in der BRD prägt. Ich weiß nicht, ob zweimal »von« hier jetzt richtig ist. Aber mögen die Hunde auch bellen, die Karawane zieht weiter...

Was habt Ihr bis jetzt eigentlich erreicht?

Der größte Erfolg der PARTEI war in meinen Augen der Verkauf von Sendezeiten im öffentlich – rechtlichen Fernsehen an den Billigflieger HLX. Das waren drei mal 90 Sekunden zur besten Sendezeit, die der PARTEI kostenlos für Wahlwerbung zur Bundestagswahl 2005 zur Verfügung gestellt wurden. Wir haben in unseren Wahlwerbespots Schleichwerbung für HLX untergebracht und kräftig »abkassiert«. Neben unsachlicher Kritik für uns, brachte die Sache auch noch einen Preis für die Werbeagentur ein, mit der wir zusammenarbeiteten. Da diese Agentur bei der Verleihung des »Goldenen Nagels« mit keinem Wort erwähnt hat, dass wir die Spots entwickelt hatten, nenne ich auch den Namen der Agentur nur gegen Zahlung von 10.000 Euro. Man hat ja auch seinen Stolz…

***Große gesellschaftliche Irrtümer:* Der Trunkbär**